

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 2781
des Abgeordneten Steeven Bretz
der CDU-Fraktion
Landtagsdrucksache 5/7051

Wortlaut der Kleinen Anfrage 2781 vom 22. März 2013

Verkehrsunfallstatistik für die Region der Landeshauptstadt Potsdam

Die Verkehrsunfallstatistik für die Region der Landeshauptstadt Potsdam bleibt auch für das Jahr 2012 unbefriedigend. So stieg beispielsweise die Zahl der Unfallverletzten in der Region um mehr als 4% auf 3400.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Verkehrsunfallstatistik für die Region der Landeshauptstadt Potsdam?
2. Welche Unfallschwerpunkte auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam lassen sich aus den Daten ablesen?
3. Welches sind aus Sicht der Landesregierung die hauptsächlichen Ursachen für die Unfälle an den Unfallschwerpunkten?
4. Welche Maßnahmen schlägt die Landesregierung zur Entschärfung der Unfallschwerpunkte vor?
5. Wie und mit welchem Mittelvolumen unterstützt die Landesregierung Maßnahmen zur Unfallvermeidung und zur Entschärfung der Unfallschwerpunkte in der Landeshauptstadt Potsdam?
6. Welche Gespräche und Initiativen bestehen zwischen der Landesregierung und der Landeshauptstadt Potsdam zur Thematik Verkehrsunfälle?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Wie beurteilt die Landesregierung die Verkehrsunfallstatistik für die Region der Landeshauptstadt Potsdam?

Zu Frage 1:

Die vom Fragesteller genannte Zahl der 3.400 Verletzten bezieht sich auf die Pressemitteilung zur Verkehrsunfallentwicklung 2012 der Polizeidirektion West. Zu der Polizeidirektion West gehören aber auch

Städte wie Nauen und Rathenow sowie weite Teile des BAB-Netzes, die aufgrund ihrer Inhomogenität nicht zur „Region“-Landeshauptstadt zusammengefasst werden sollten.

Eine inhaltliche Differenzierung der Verkehrsunfälle nach der „Region“ Potsdam ist deshalb nicht zielführend. Da die folgenden Fragen ausschließlich die Landeshauptstadt betreffen, wird demzufolge nur das Unfallgeschehen betrachtet, das sich auf dem Gebiet der Stadt Potsdam außerhalb der Autobahnen ereignet hat.

Dieses Unfallgeschehen stellt sich in den letzten 3 Jahren wie folgt dar:

	Gesamtzahl der Unfälle	Getötete	Schwerverletzte	Leichtverletzte
2010	6.105	3	55	595
2011	5.911	0	82	627
2012	5.639	6	54	636
Gesamtzahl	17.655	9	191	1.858

In der Stadt Potsdam hat sich innerhalb von 2 Jahren die Zahl der registrierten Unfälle um 8% reduziert. Dieser Rückgang ist insgesamt positiv einzuschätzen. Die Zunahme der Unfallschwere, insbesondere der Getöteten im letzten Jahr und der Schwerverletzten im Jahre 2011 ist in der Tat besorgniserregend und entgegengesetzt zum allgemeinen Landestrend.

Es ist Aufgabe der zuständigen Verkehrsunfallkommission, in diesem Fall die der Stadt Potsdam, auf Grundlage des Gemeinsamen Erlasses des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft und des Ministeriums des Innern vom 16. Dezember 2009 zur Bildung und Aufgaben der Unfallkommission in Brandenburg Unfallhäufungsstellen zu erkennen, Maßnahmen zu diskutieren und zu beschließen sowie umzusetzen.

Frage 2:

Welche Unfallschwerpunkte auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam lassen sich aus den Daten ablesen?

Frage 3:

Welches sind aus Sicht der Landesregierung die hauptsächlichen Ursachen für die Unfälle an den Unfallschwerpunkten?

Zu Frage 2 und 3:

Aus der zentralen Unfall-Datenbank der Landesregierung lassen sich Unfallhäufungsstellen nicht explizit ablesen. Wie unter 1. bereits ausgeführt, ist das Erkennung und Beseitigen von Unfallhäufungsstellen eine Aufgabe der örtlichen Verkehrsunfallkommission.

Frage 4:

Welche Maßnahmen schlägt die Landesregierung zur Entschärfung der Unfallschwerpunkte vor?

Zu Frage 4:

Der Abbau und die Beseitigung von Unfallhäufungsstellen ist eine Aufgabe der örtlichen Unfallkommission. Als Verbesserungsmaßnahmen können sowohl Sofort- als auch mittelfristige Maßnahmen in Betracht kommen. Sofortmaßnahmen können z. B. gezielte polizeiliche Verkehrsüberwachung, Verkehrs-

beschränkungen, Sichtverbesserung an Knotenpunkten oder Einfahrten durch Beschneiden/Beseitigung von Büschen oder Bäumen, Erneuerung der Fahrbahnmarkierungen und eine bessere Beschilderung sein.

Mittelfristige Maßnahmen können einfache bauliche Umgestaltungen wie Errichtung einer Lichtzeichenanlage oder eines Fußgängerüberweges, Veränderung des Signalprogramms von Lichtzeichenanlagen, verbesserte Wegweisung oder auch der Bau eines Kreisverkehrs umfassen.

Welche Maßnahme am wirksamsten ist, hängt im Einzelfall vom Unfallgeschehen, den Unfallumständen und der Unfallschwere ab. Alle Mitglieder von Verkehrsunfallkommissionen im Land Brandenburg erhalten deshalb auf Grundlage des bereits erwähnten Erlasses zur Bildung und Aufgaben der Unfallkommission im Land Brandenburg eine einwöchige Grundausbildung, in der praktische Beispiele zur Entschärfung von Unfallhäufungsstellen aufgezeigt werden. Darüber hinaus werden in regelmäßigen Abständen Aufbaukurse angeboten.

Frage 5:

Wie und mit welchem Mittelvolumen unterstützt die Landesregierung Maßnahmen zur Unfallvorbeugung und zur Entschärfung der Unfallschwerpunkte in der Landeshauptstadt Potsdam?

Zu Frage 5:

Der Landesunfallkommission, die sich aus Vertretern der obersten Straßenverkehrsbehörde, der obersten Straßenbaubehörde, des Ministeriums des Innern, der Polizei und des Landesbetriebes Straßenwesen Brandenburg zusammensetzt, obliegt zwar die Fachaufsicht über die örtlichen Verkehrsunfallkommissionen im Land Brandenburg, über eigene Mittel zur Beseitigung von Unfallschwerpunkten verfügt die Landesunfallkommission aber nicht.

Im Einzelfall kann die Landesunfallkommission dennoch fachliche Anleitung bei der Bekämpfung von Unfallhäufungsstellen geben bzw. auch Gutachtermittel für die Hinzuziehung von Sachverständigen bereitstellen.

Zum Bau, Ausbau oder zu der Grunderneuerung verkehrswichtiger Straßen und Brücken, Geh- oder Radwege kann die Stadt Potsdam gemäß der Richtlinie des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft für die Förderung von Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden des Landes Brandenburg - Teil kommunaler Straßenbau - (Rili KStB Bbg) Haushaltsmittel beim Landesbetrieb Straßenwesen beantragen.

Handelt es sich bei einem Unfallschwerpunkt um Wege, die häufig von Kindern und Jugendlichen benutzt werden, können auch Mittel aus dem Programm zur Schul- und Spielwegesicherung beantragt werden. In diesem Programm stehen pro Jahr für das gesamte Land 450.000 € zur Verfügung.

Im Rahmen der Erarbeitung des neuen Verkehrssicherheitsprogramms der Landesregierung werden auch neue Handlungsspielräume untersucht, um die finanzielle Ausstattung der Verkehrsunfallkommissionen gezielt zu verbessern.

Frage 6:

Welche Gespräche und Initiativen bestehen zwischen der Landesregierung und der Landeshauptstadt Potsdam zur Thematik Verkehrsunfälle?

Seite 4

Zu Frage 6:

Vertreter der Landesunfallkommission besuchen im Rahmen ihrer Fachaufsicht Sitzungen der Unfallkommission der Stadt Potsdam, zuletzt am 22. Februar 2013. Weiterhin finden im Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft regelmäßig Dienstbesprechungen mit den Leitern der Straßenverkehrsbehörden statt, die in der Regel auch Leiter der örtlichen Unfallkommission sind, bei denen Themen der Unfallbekämpfung erörtert werden.

Die Stadt Potsdam ist ferner involviert in die Erarbeitung des neuen Verkehrssicherheitsprogramms der Landesregierung und aktiv bei der Umsetzung von Einzelprojekten im Rahmen von Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit.